



„Nutzt das Erfahrungswissen der Bürger“

Leben wir in einer Expertokratie? Der Soziologe Alexander Bogner erklärt, warum sich Wissenschaft nicht in Wahrheit übersetzen lässt – und warum wir dringend nach Dänemark schauen sollten

Residiert hier die eigentliche Regierung? Haupteingang des Robert Koch-Instituts (RKI)

Alexander Bogner ist der Experte für Experten. Um sich auf ein Gespräch mit dem Soziologen an der Universität Wien und am Institut für Technikfolgenabschätzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften vorzubereiten, könnte man eines seiner Bücher über Experteninterviews lesen. Anlass unseres Gesprächs ist aber sein Buch „Die Epistemisierung des Politischen“ (Reclam-Verlag), in dem es um die Frage geht, wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet – eine Frage, die in der Coronapandemie auf breites Interesse stößt.

VON JÖRG PHIL FRIEDRICH

WELT: In den letzten Monaten und eigentlich schon seit Jahren wird die Forderung lauter, dass sich die Politik an wissenschaftlichen Aussagen orientieren soll. Wir haben plötzlich Virologen und Epidemiologen, die uns nicht nur mit Wissen ausstatten, sondern auch Aussagen darüber treffen, was politisch zu tun ist. Wie beurteilen Sie das?

ALEXANDER BOGNER: Dass eine rationale, fortschrittliche Politik sich auf wissenschaftliche Expertise und auf Fakten beziehen soll, steht außer Frage. Zu Beginn der Pandemie ist deutlich geworden, wie beruhigend es ist, wenn man eine Politik hat, die sich an der Wissenschaft und an den wissenschaftlichen Empfehlungen ausrichtet. So weit ist daran zunächst einmal nichts falsch.

Können wir auf demokratische Politik ganz verzichten, wenn uns die Wissenschaft sagt, wie wir vernünftig handeln sollen?

Das ist der alte Traum von Philosophenkönig: Eine kluge, fortschrittliche Politik ist nur dann möglich, wenn an der Spitze des Staates der große Weise steht. Aber das ist natürlich ein Trugschluss. Genuin politische Fragen zeichnen sich gerade dadurch aus, dass es keine definitiven wissenschaftlichen Antworten auf sie gibt. Versucht man es dennoch, verfehlt man den Charakter des Politischen. Demokratische Politik bedeutet, redliche Abwägungsprozesse unter Einbeziehung widerstreitender normativer Positionen zu ermöglichen. Die Vernunft der Politik besteht also im klugen Management eines breiten Meinungsspektrums zum Zweck der Kompromissbildung. Die Wissenschaft hingegen zielt auf die Enträtselung der Welt, auf die Feststellung von Fakten und Gesetzmäßigkeiten. Wissenschaft kann die Politik nicht ersetzen, weil ihre Daten, Fakten und Zahlen nicht für sich selbst sprechen.

Wird die Wissenschaft dadurch zur „fünften Gewalt“ neben Legislative, Exekutive, Judikative und den Medien als „viertes Gewalt“?

Ihre schöne Formulierung von der „fünftigen Gewalt“ deutet an, dass wir nicht nur die triviale Frage verhandeln, ob sich die Politik auf Fakten, auf Daten, auf Zahlen berufen soll. Die Wissenschaft hat in der Pandemie eine Sonderstellung erhalten, weil die Deutungen, die Begrifflichkeiten und Konzepte der Virologen und Epidemiologen der Politik den Weg gewiesen haben. Sie stellen den maßgeblichen Deutungsrahmen für die Interpretation der Krise zur Verfügung. Daraus ist mittlerweile der Verdacht erwachsen, dass der Wissenschaft eine illegitime Machtfülle zukommt. Dass die Wissenschaft also nicht mehr

feststellt, was der Fall ist, sondern dass sie der Politik gewissermaßen sagt, wo's langgeht. Das ist der klassische Expertokratie-Verdacht, der hier im Raum steht: Nicht mehr die demokratisch legitimierte Politik regiert, sondern die Experten, sozusagen von der Hinterbühne aus.

Halten Sie diesen Verdacht für berechtigt?

Ich denke nicht, dass wir auf dem Weg in die Expertokratie oder die „Herrschaft der Wissenden“ sind. Wie wir am Beispiel von Corona sehen, ist das Problem eher, dass politische Konflikte auf die Frage „Wer hat das bessere Wissen?“ reduziert werden. Es wird um Evidenzen, um kognitive Kompetenzen, um Expertise gestritten. Es geht um Simulationen, Modellierungen, Zahlen und Daten. Auf diese Weise haben wir in diesen politischen Konflikten ein erhebliches Anspruchsniveau, was dann eben auch dazu führt, dass normative Aspekte in den Hintergrund treten, dass sich auch manche nicht mehr in diesen Konflikten repräsentiert sehen und mit ihren Positionen marginalisiert bleiben.

Was folgt daraus für das Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft?

Ich glaube, die Wissenschaft muss in solchen komplexen Problemlagen wie Klimawandel, Corona, Glyphosat und Nanotechnologie gewissermaßen die Leitplanken für den politischen Diskurs zur Verfügung stellen. Sie kann sagen, welche Chancen und Risiken in bestimmten Situationen gegeben sind, wie man diese erkennen kann, welche Kollateralschäden bei bestimmten Entscheidungen drohen können und so weiter. Die Wissenschaft kann die politische Entscheidung aber nicht ersetzen, aus

zwei Gründen: Der eine Punkt ist, dass die Wissenschaft oft keine eindeutigen Antworten hat. Manchmal beruhen ihre Antworten auf einer noch unbefriedigenden Datenlage. Daraus folgt, dass es auch unter den maßgeblichen Experten häufig Dissens gibt. Deshalb ist es weder möglich noch angeraten, dass die Politik ihre Entscheidungsmacht abgibt. Der zweite Punkt ist wahrscheinlich noch wichtiger: Politische Konflikte lassen sich nicht in wissenschaftliche Wahrheitsfragen übersetzen. Anders gesagt: In typisch politischen Konflikten geht es nicht um wissenschaftliche Richtigkeit von Behauptungen, sondern es geht um Wertentscheidungen, es geht um Interessen und deren Abwägung. Und das wird von all jenen übersehen, die sagen: Wenn wir eine rationale, eine fortschrittliche Politik haben wollen, dann müssen wir die Dummen ausschalten und den Wissenden folgen.

Stichwort Experten-Dissens: Man könnte ja einwenden, dass es besser wäre, wenn die Wissenschaftler hinter verschlossenen Türen über ihren



Soziologe Alexander Bogner

wissenschaftlichen Dissens diskutieren und dann mit einer gemeinsamen wissenschaftlichen Meinung herauskommen.

Aber das würden wir natürlich nur akzeptieren, wenn wir dem grundsätzlichen Framing zustimmen. Auch wenn die Wissenschaft mit einer Stimme spricht und in der Lage ist, Konsens zu organisieren und auf diese Weise die Politik zu steuern, würden wir das Ergebnis nur annehmen, wenn wir die Gleichsetzung der konkreten politischen Streitfrage mit einer Wissensfrage akzeptieren, das ist die Voraussetzung. Wenn wir aber das grundsätzliche Framing infrage stellen und erkennen, dass es nicht nur um Wissen geht, sondern dass sich eigentlich unterschiedliche Motivationen, Interessen, Weltbilder et cetera hinter diesem Wissenstreit verbergen, dann wird klar, dass es nicht ausreichend ist, mit Wissen und Expertise den politischen Konflikt lösen zu wollen.

Diese Wertvorstellungen und diese Handlungsmotivationen hängen vielleicht auch davon ab, wie viel die Politik, aber auch die Wählerschaft wissen und wie gut sie informiert sind durch die Wissenschaft.

Wir sind wahrscheinlich mitten in diesem Prozess, in dem die Politik beginnt, ihre Wissensbildung zu professionalisieren. Wir sehen das im Rückblick. Gerhard Schröder hat 2001 den Nationalen Ethikrat gegründet, der dann 2008 in Deutscher Ethikrat umbenannt wurde. Das war damals eigentlich eine wegweisende Entscheidung der Politik, selbstständig Expertise aufzubauen. Der Ethikrat wurde damals heftig kritisiert, von Expertokratie war die Rede, von Entparlamentarisierung und so weiter. In Wirklichkeit war der Ethikrat dafür zuständig, eine öffentliche Debatte über die damaligen Streitthemen Präimplantationsdiagnostik, Stammzellforschung und Klonen zu initiieren und zu moderieren. Kommissionen wie der Ethikrat werden heute sehr viel positiver eingeschätzt. Wir sehen, dass die chronisch überforderte Politik ihr Bestes tut, um sich eine entsprechende Wissensgrundlage zu organisieren.

Aber was ist mit der Bevölkerung, die davon überzeugt werden soll, eine wissenschaftsbasierte Politik zu akzeptieren?

Die Bürgerräte in Deutschland sind ein Versuch, über schwierige Fragen ins Gespräch zu kommen. Nachdem sie sich mit Vertretern verschiedener disziplinärer und normativer Standpunkte unterhalten haben, machen sie sich an die Bearbeitung einer Stellungnahme für die Politik. Die Idee an sich ist schon älter. Ich arbeite im Bereich der Technikfolgenabschätzung. Das ist ein Forschungsbereich, der mit Technikkonflikten wie Atomkraft, Gentechnik oder Biomedizin groß geworden ist. Auch hier gab es schon in den 1980er-Jahren Bemühungen, die Bürgerschaft zu beteiligen. Man hatte erkannt, dass Fachleute aufgrund ihrer disziplinären Perspektive immer auch wichtige Aspekte ausblenden. Im Zuge der Binnendifferenzierung der Wissenschaft und einer hoch spezialisierten Arbeitsteilung bohrt jeder Forscher weit in die Tiefe, aber eben nur auf der Größe einer Briefmarke. Das ist auch verständlich und unumgänglich. Um nun die Perspektive zu weiten und die blinden Flecke dieser Expertenrationalität zu korrigieren, hat man die Bürgerbeteiligung angeregt. Das Erfahrungswissen der Bürger wird eine wichtige Ergänzung zu diesem Expertendiskurs. Dänemark hat das weit vorangetrieben. Im Jahr 2009 gab es im Vorfeld des Kopenhagener Klimagipfels 44 Bürgerkonferenzen in 38 Ländern, bei denen 4500 Leute gleichzeitig über den Klimawandel diskutiert haben. Die daraus resultierenden Empfehlungen hat man dann an die Politik weitergeleitet.

Was können wir heute daraus lernen?

Beim Thema Corona müsste man also ebenfalls Experten mit konträren Positionen einladen. Da hätte man dann auf der einen Seite den ehemaligen WHO-Epidemiologen Klaus Stöhr, der die These vertritt, dass mit dem Virus leben lernen müssen, dass wir also so eine Art friedliche Koexistenz anstreben sollten. Und auf der anderen Seite die Virologin Melanie Brinkmann, die betont, dass ein Zusammenleben mit dem Virus unmöglich ist, dass wir das Virus eliminieren müssen und alles andere unverantwortlich wäre. Die Idee wäre dann, diese Fachleute miteinander ins Gespräch zu bringen, damit sich die Laien ein umfassendes Bild von der Problematik machen können. Und am Ende würden die Bürger nicht einfach abstimmen, sondern eine Empfehlung oder Stellungnahme für die Politik erarbeiten, die im besten Fall auch in die Entscheidungsfindung einfließen sollte.

PICTURE: ALIANZEZ/DFW MICHAEL KAPPELER

UNIVERSITÄT WÜRZBURG